

Öffentliche Bekanntmachung

12. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Petersburg I"

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Attendorn hat in ihrer Sitzung am 09.10.1996 gem. § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) sowie der §§ 10 und 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) die

12. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Petersburg I"
mit nachstehendem Inhalt beschlossen:

Für das Grundstück Gemarkung Ewig, Flur 14, Flurstück 953, wird neu festgesetzt: Das Vor- und Zurücktreten von der Baulinie ist bis zu 1,50 m auf einer Länge von 50 % der gesamten Baulinie zulässig. Die Festsetzung "Garagen mit Stellplätzen sind auf den überbaubaren und nicht überbaubaren Flächen zulässig" wird herausgenommen, Ausnahme des Sichtdreiecks, da aufgrund der Rechts-vor-Links-Regelung die Sichtdreiecke bisher falsch festgesetzt und außerdem zu groß bemessen sind. Die "offene Bauweise" wird in "offene Bauweise, nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig" geändert.

Die Begründung wurde gebilligt.

Das Änderungsgebiet liegt im südlichen Bebauungsplanbereich und erfasst lediglich das Grundstück der Gemarkung Ewig, Flur 14, Flurstück 953.

Bedenken und Anregungen wurden von den benachbarten Grundstückseigentümern sowie von den an der Planung beteiligten Trägern öffentlicher Belange nicht vorgetragen.

Der geänderte Bauleitplan sowie die Begründung liegen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab bei der Stadt Attendorn, Bauverwaltungsamt, 57439 Attendorn, Kölner Str. 12 (Rathaus), Zimmer 209, während der allgemeinen Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Über den Inhalt der Bauleitplanänderung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Bekanntmachungsanordnung

Die von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Attendorn am 09.10.1996 als Satzung beschlossene 12. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Petersburg I" einschl. Begründung vom gleichen Tage sowie Ort und Zeit der öffentlichen Planauslegung werden hiermit öffentlich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung wird die Bebauungsplanänderung gem. § 12 BauGB rechtsverbindlich.

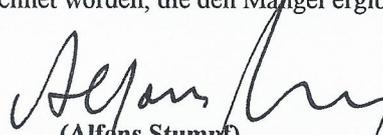
Hinweise nach dem Baugesetzbuch und der Gemeindeordnung NW

- A. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche wegen Planungsschäden durch diese Bebauungsplanänderung wird hingewiesen. Die Leistung dieser Entschädigung ist schriftlich bei der Stadt Attendorn, Kölner Str. 12, 57439 Attendorn, zu beantragen. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die planungsbedingten Vermögensnachteile eingetreten sind, geltend gemacht wird.
- B. Auf die Vorschriften des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Danach sind
 1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
 2. Mängel der Abwägung

unbeachtlich, wenn sie nicht in den Fällen der Nr. 1 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nr. 2 innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Attendorn geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

- C. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 2. die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
 3. der Stadtdirektor hat den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vorher beanstandet **oder**
 4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Attendorn gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Attendorn 10.10.1996


(Alfons Stumpf)
Bürgermeister